

Antrittsbesuch in der Gemeinde Boostedt (WK 12) am 27. Juni 2012

Der Termin mit Bürgermeister Steffensen aus Boostedt war schon vor längerer Zeit vereinbart worden. Mein Anliegen war und ist es, die Auflösung der Rantzau Kaserne bis III/2016 aktiv zu begleiten. Da spielen Fachwissen und Erfahrung eine entscheidende Rolle. Nicht nur von mir, sondern insbesondere von Peter Matthiesen, der 36 Jahre Berufssoldat war und zudem Vorstandsmitglied im Verein für Toleranz und Zivilcourage und Mitglied im „Bündnis gegen Rechts“ ist. Wie ich auch. Als aktueller Gesprächsgrund war neu hinzugekommen: Als die NPD während des Wahlkampfes in Boostedt einen Informationsstand machte, hat ein engagierter Gewerkschafter zur Farbe gegriffen und die Wörter „Nazis Raus“ auf den Bürgersteig gesprüht. Farbe bekennen im wahrsten Sinn des Wortes. Nun ist er von der Gemeinde aufgefordert worden, für die Reinigung des Spruches durch die Feuerwehr fast 500 Euro zu bezahlen.

Wir wurden also am 27. Juni 2012 in der Gemeinde Boostedt empfangen. Herr Steffensen, Bürgermeister in Boostedt, und der Bürgermeister von Kummerfeld, Herr Wrage, waren anwesend.

Ich habe kurz erläutert, was meine Aufgaben in der Landtagsfraktion der Piraten sind – und dementsprechend, dass ich über den Stand der Konversionsbemühungen hinsichtlich der Kaserne, aber auch zur NPD in Boostedt sprechen möchte.

Es gab Anfang April bereits eine Bürgerversammlung um über die bevorstehende Schließung des Standortes zu informieren. Der Standortälteste war anwesend, der Bürgermeister und ein Vertreter der BIMA.

Nun stehen die Daten fest. Zum 31. 3. 2016 wird der Standort Boostedt bis auf rund 80 Soldaten und zivile Mitarbeiter im Munitionsdepot geschlossen.

Wie sind die Pläne der Gemeinde? Viel Neues gibt es nicht. Der Bürgermeister möchte eine Arbeitsgruppe von Interessierten einrichten. Sie sollen Ideen für die zukünftige Nutzung des riesigen Geländes sammeln und gleichzeitig zusammentragen, welche Nutzung die Gemeinde auf keinen Fall möchte.

Wir sprachen die Informationen des Ministeriums der Verteidigung zur Neuausrichtung der Bundeswehr an und das „Informationspaket zur Realisierungsplanung“. Es geht u.a. um die Unterstützung des Bundes, die Anforderung von Mitteln der Europäischen Union und dem Vorhaben der Landesregierung, einen Runden Tisch zu errichten, an dem alle von Standortschließungen betroffenen Kommunen Platz haben sollen. Den von mir unterbreiteten Vorschlag, Professor Jacoby zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung in Boostedt einzuladen, damit er die von ihm 2011 erstellte Arbeitshilfe „Nachhaltiges Konversionsflächenmanagement“ vorzustellen,

griff der Bürgermeister nicht auf. Desgleichen zeigte er kein Interesse, die Grundlagen aller Entscheidungen zu hinterfragen. Ich sprach mich dennoch für mehr Transparenz aus und verwies auf den Beschluss des Landesparteitags der Piraten vom 24. Juni, in dem wir eine Offenlegung der Gründe für die Standortentscheidungen gefordert wird. Ich werde mich bemühen, nach der Sitzungspause des Landtages im Wirtschaftsministerium und im Wirtschaftsausschuss des Landtages Gespräche zu führen, um detaillierte Informationen zu bekommen. Einen Terminwunsch beim Standortältesten, OTL Kraus, habe ich bereits mitgeteilt. Der Bürgermeister aus Kummerfeld signalisierte Interesse, im Dialog zu bleiben, denn Kummerfeld als betroffene Randgemeinde hat ein großes Interesse, bei der zukünftigen Verwendung des Truppenübungsplatzes und der Standortschießanlage, ein Wort mitzureden.

Zum „Fall Schauer“ (siehe auch den Bericht im Holsteinischen Courier:

<http://www.shz.de/nachrichten/lokales/holsteinischer-courier/artikeldetails/article//teurer-protest-gegen-den-npd-stand.html>)

unterrichteten wir beide noch einmal persönlich von den Beratungen im „Bündnis gegen Rechts“, Neumünster. Dieses hat den Bürgermeister aufgefordert, ein Gespräch mit Herrn Schauer zu suchen und die Rechnung für den Feuerwehreinsatz zurückzunehmen. Dieses Anliegen wies er voller Unverständnis zurück. Zur Begründung gab er an, dass alle Schmierereien im Dorf gleich behandelt werden. Von „Heini ist doof“ über ein Hakenkreuz in der Schule bis hin zu politisch veranlassten „Schmierereien“ gegen Nazis wie die von Herrn Schauer.

Es gibt eine Vertragsfirma, die jeweils unverzüglich mit der Entfernung beauftragt wird. Das sei auch im Fall Schauer geschehen, das ist seine Verantwortung, damit in der Gemeinde alles in Ordnung ist. Und weil diese Firma den Spruch ohne viel Wasser und Hitze nicht entfernen konnte, habe sie die Feuerwehr angefordert.

Es blieb ungeklärt, auf welcher Rechtsgrundlage diese Anforderung geschehen ist. Bürgermeister Steffensen, der betonte, dass er die Aussage „Stoppt Nazis“ jederzeit inhaltlich unterschreiben würde, warf dann die (alt bekannte) Frage auf, ob nicht Antifaschisten, die gegen Nazis demonstrieren, wie z.B. vorm Club 88, diesen erst eine Bühne bieten. Es sei doch vielleicht besser, die Nazis einfach zu ignorieren. Denn: Boostedt habe kein Problem mit Rechtsextremisten. Diese Diskussion haben wir beendet – denn wir führen sie seit ca. 16 Jahren in Neumünster. Wir haben zum Ende des Treffens unserem Wunsch Ausdruck verliehen, dass er sich andren Bürgermeistern aus Schleswig-Holstein, die sich im Kampf gegen Rechtsextremismus engagieren, anschließt.